

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	23.11.2021	öffentlich
Psychiatriebeirat	09.02.2022	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Psychologische Beratungsstellen – Ergebnisse des Prüfauftrags gemäß Beschluss des SGA vom 15.06.2021

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

SGA, 15.06.2021, TOP 5.1, Drucksachen-Nr. 1806/2020-2025

Sachverhalt:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat in seiner Sitzung am 15.06.2021 (TOP 5.1, Drucksachen-Nr. 1806/2020-2025) folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob seit Beginn der Corona-Pandemie der Beratungsbedarf in psychologischen Beratungsstellen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene gestiegen ist. Falls es zu einer Bedarfssteigerung gekommen ist, sollte festgestellt werden, ob die Beratungsstellen personell ausreichend ausgestattet sind. Ist dies nicht der Fall, soll durch die Verwaltung der zusätzliche Bedarf in personeller und finanzieller Hinsicht benannt werden.

Die Verwaltung hat daraufhin die Träger von (psychologischen) Beratungsangeboten im Bereich der Sucht-/Eingliederungshilfe, Gewaltschutz sowie Gesundheit angeschrieben, die im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen finanziert werden. Außerdem wurden stadtinterne Stellen mit Bezug zum Thema befragt, ob, wie und in welchem Umfang sich ihre Arbeit pandemiebedingt verändert hat.

Insgesamt wurden 35 Angebote angeschrieben, der Rücklauf lag bei ca. 50 %.

Im Ergebnis berichten die Beratungsstellen von folgenden Veränderungen:

- verstärkte Belastung der Mitarbeitenden,
- Ergänzung des Settings um digitale Beratungsformate,
- verändertes Nachfrageverhalten der Klientinnen und Klienten sowie
- eine Veränderung der Wartezeiten im Beratungsprozess im Vergleich zur Situation vor der Pandemie.

Darüber hinaus wurde berichtet, dass

- die ständig wechselnden Corona-Vorgaben und die Hygieneregeln die Arbeit veränderten und erschwerten,
- neue / zusätzliche Angebotsformen genutzt wurden („Walk and Talk“),

- ein Mehrbedarf an Beratungseinsätzen und aufsuchenden Hilfen durch das Zurückfahren von Dokumentationsstandards und die „Umgewichtung“ von Arbeitsprozessen kompensiert wurden.

Im Hinblick auf die konkreten Beratungssituationen wurde folgendes festgestellt:

- Eine notwendige Intensivierung von einzelnen Beratungen wurde phasenweise durch ein zurückgehendes Nachfrageverhalten während erschwerter Lockdown-Bedingungen möglich.
- Einige Beratungsstellen berichten von starken Schwankungen während der Lockdown-Phasen.

Insbesondere im Kontext sexualisierter Gewalt beschreiben einzelne Beratungsstellen eine Zunahme von Anfragen und verlängerte Wartezeiten. So berichten die Psychologische Frauenberatung e.V. und Wildwasser Bielefeld e.V. von einem stark gestiegenen Beratungs- und Austauschbedarf in Bielefeld. Die Psychologische Frauenberatung beschreibt hier die deutlichste Steigerung in Bezug auf Beratungsanfragen und Kontakte. Die Diskrepanz zwischen bestehendem Bedarf und fehlenden Kapazitäten wurde auch im Prozess zur Abstimmung des Corona-Aktionsplanes beschrieben und konnte dort durch eine Aufstockung von Fachkraftstellen für Beratung und Begleitung berücksichtigt werden. Konkret ergeben sich die folgenden Fördersummen:

Träger	2021	2022
Zur Verfügung stehen	42.000 €	100.000 €
Psych. Frauenberatung	14.583 €	35.000 €
Wildwasser	7.292 €	17.500 €
Mädchenhaus	11.626 €	34.880 €
Man-o-Mann	2.033 €	5.049 €
Summe	35.534 €	92.429 €
Rest	6.466 €	7.571 €

Für den Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes liegt dem JHA für die Sitzung am 17.11.2022 mit der Drucksachen-Nr. 2685/2020-2025 ein Beschlussvorschlag zur Entscheidung vor, in dem unter anderem die Corona-bedingte Aufstockung der Beratungskapazitäten in den vier Bielefelder Erziehungs- und Familienberatungsstellen im Gesamtumfang von 20-25 Wochenstunden für 2022 vorgeschlagen wird (Finanzierungsbedarf ca. 40.000 €).

Die Verwaltung wird die Beratungssituation im Kontext der Gespräche zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen im Blick behalten und ggf. erneut gegenüber den Fachausschüssen berichten.

Erster Beigeordneter

Ingo Nürnberger

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.